

Caroline Glenk

**Verlustverrechnung bei Personengesellschaften
und anderen transparent besteuerten
Gesellschaftsformen**

Eine rechtsvergleichende Analyse zwischen
Deutschland, Frankreich und den USA



Nomos



Steuerwissenschaftliche Schriften

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Lars P. Feld, Walter Eucken Institut, Freiburg i. Br.
Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Universität Heidelberg
Prof. Dr. Christian Waldhoff, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 83

Caroline Glenk

Verlustverrechnung bei Personengesellschaften und anderen transparent besteuerten Gesellschaftsformen

Eine rechtsvergleichende Analyse zwischen
Deutschland, Frankreich und den USA



Nomos





MAX PLANCK
digital library

Die Open-Access-Veröffentlichung der elektronischen Ausgabe dieses Werkes wurde ermöglicht mit Unterstützung durch die Max Planck Digital Library.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: LMU München, Univ., Diss., 2022

1. Auflage 2022

© Caroline Glenk

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0499-7

ISBN (ePDF): 978-3-7489-3822-4

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748938224>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Meiner ganzen Familie

Zum Geleit

Das deutsche Unternehmenssteuerrecht wird geprägt durch den Dualismus von Körperschaften und Personengesellschaften. Diese Differenzierung zwischen eigenständig und transparent besteuerten Rechtsformen korrespondiert indessen nicht exakt mit der Grenzlinie zwischen Gesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung. Dieser Ausgangsbefund wirft die steuerrechtspolitische Grundfrage nach der „richtigen“ Behandlung von Verlusten in Personengesellschaften und anderen transparent besteuerten Gesellschaftsformen auf. Diese Grundfrage verschärft sich in rechtsvergleichender Perspektive: In anderen Ländern wird nämlich nicht nur die Grenzlinie zwischen transparenter und getrennter Besteuerung (trotz ähnlicher gesellschaftsrechtlicher Grundlagen) anders gezogen. Hinzu treten umfangreiche Optionsrechte, namentlich in Frankreich und den Vereinigten Staaten, die in den generösen „check-the-box“-Regeln des US-Steuerrechts ihre Zuspitzung finden.

Vor diesem Hintergrund hat die Verf. eine umfassende rechtsvergleichende und rechtspolitische Grundsatzarbeit vorgelegt, die sich mit den Techniken des Umgangs mit Unternehmensverlusten bei Kapital- und Personengesellschaften ebenso differenziert auseinandersetzt wie mit den Möglichkeiten einer Option für entweder das Trennungsprinzip oder eine transparente Besteuerung. Dabei reicht ihre Perspektive über die jüngst eingeführte Option für Personengesellschaften nach § 1a KStG weit hinaus. Die Arbeit gründet sich vielmehr auf eine beeindruckende rechtsvergleichende Durchsicht der deutschen, französischen und US-amerikanischen Regelungen zur Verlustverrechnung bei Personengesellschaften. Die Breite der verarbeiteten Quellen ist eben so groß wie die Ausdifferenzierung der vielfältigen praktischen Probleme und Lösungen. Doch verliert sich die Verf. nie im Detail: Alles ist sorgfältig aufgebaut und arrangiert und führt klar in eine systematische Analyse der eigentlichen Sachprobleme.

Die Arbeit mündet in konkret ausgearbeitete Gesetzesentwürfe für den deutschen Steuergesetzgeber. Die Grundtendenz dieser Vorschläge überzeugt. Sie plädiert für einen Verzicht auf ein „gespaltenes“ Regime für einzelne Gesellschaftsformen, für die Ausweitung von Optionsrechten und für die Konzentration der Verrechnungsmöglichkeiten auf alle rechtlichen und wirtschaftlich ähnlichen Haftungstatbestände. Man kann der Verfasse-

rin und uns allen nur wünschen, dass eine zielgerichtete Reform des deutschen Unternehmenssteuerrechts sich an diesen Regelungsvorschlägen orientiert, damit zugleich die Rechtsformabhängigkeit der Besteuerung reduziert und zu den systematischen Grundgedanken der Einkommensbesteuerung zurückfindet.

Wolfgang Schön

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilian-Universität München als Dissertation angenommen. Sie berücksichtigt Literatur und Rechtsprechung bis einschließlich November 2020. Darüber hinaus berücksichtigt sie die im KöMoG enthaltenen Neuerungen.

Mein Dank gilt zuvorderst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Schön. Er hat nicht nur die Betreuung und Erstbegutachtung dieser Arbeit übernommen, sondern sie durch meine Anstellung als Wissenschaftliche Mitarbeiterin, die vielfältige Förderung am Max-Planck-Institut und seine stete Diskussionsbereitschaft, in dieser Weise erst möglich gemacht.

Darüber hinaus möchte ich Frau Prof. Dr. Jachmann-Michel für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Für die schöne Zeit am Institut danke ich dem gesamten Institutsteam. Besonderer Dank gilt Frau Auer, die sich engagiert um den reibungslosen Ablauf kümmert, wie auch Frau Golombek, die stets für eine sehr angenehme Atmosphäre in der Bibliothek gesorgt hat. Ferner danke ich Prof. Dr. Erik Röder für die fruchtbare Diskussion beim Entstehen dieser Arbeit und das stets ernst gemeinte Angebot, jederzeit für weitere Diskussionen zur Verfügung zu stehen. Ein besonderer Dank gilt auch Sarah von Schmelting-Diringshofen. Sie hatte als Zimmerkollegin am Max-Planck-Institut stets ein offenes Ohr. Unsere Gespräche waren nicht immer fachlicher Natur, aber durchweg sehr anregend. Sie hat im Wesentlichen zu der unvergesslichen Zeit am Institut beigetragen; in ihr habe ich eine gute Freundin gefunden.

Ich danke zudem David Bastian und William Lovett (Amerika) sowie Prof. Dr. Daniel Gutmann (Frankreich) für Ihren länderspezifischen Input.

Ferner danke ich meiner Schwägerin Frau Dr. Karoline Jäckh für die rasche orthographische und grammatikalische Korrektur des Manuskripts.

Des Weiteren danke ich Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld, Prof. Dr. Ekkehart Reimer und Prof. Dr. Christian Waldhoff für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Steuerwissenschaftliche Schriften“. Zudem danke ich dem Max-Planck-Institut für einen großzügigen Druckkostenzuschuss sowie der Max-Planck-Gesellschaft für einen Zuschuss zur Open

Access Veröffentlichung. Darüber hinaus danke ich der Esche Schümann Commichau Stiftung, die diese Arbeit mit dem Förderpreis 2023 ausgezeichnet hat, für die damit verbundene Förderung.

Von Herzen danken möchte ich zudem meiner gesamten Familie für die fortwährende, tatkräftige Unterstützung. Allen voran meinen Eltern, die mich während meines gesamten Lebensweges vorbehaltlos unterstützt haben, mir stets mit Rat und Tat zur Seite standen und v.a. – aber nicht nur – hingebungsvoll halfen, die Betreuung unserer Tochter Lena auch in den Mühewaltungen der Pandemie sicherzustellen und so ein ungestörtes, zeitnahe Fertigstellen der Dissertation ermöglicht haben. Auch meinem Bruder danke ich für jedwede Unterstützung und die gemeinsamen Erlebnisse, die mich wesentlich geprägt haben. Gemeinsam haben Sie den Grundstein für meine persönliche und letztlich auch berufliche Entwicklung gelegt.

Besonders danke ich meinem Mann Alexander. Er steht seit nunmehr über 10 Jahren an meiner Seite und hat mich stets in meinen Entscheidungen unterstützt und bestärkt. Er hat nicht nur das Erste und Zweite Staatsexamen geduldig mit mir bewältigt, sondern nun auch die Promotion. Er stand und steht dabei stets liebevoll, unterstützend, hilfsbereit, nachsichtig und mit viel Verständnis an meiner Seite. Ich danke ihm nicht nur für seinen unermüdlichen Zuspruch, sondern auch für anregende fachliche Diskussionen. Zudem danke ich unseren beiden wundervollen Töchtern Lena und Jule, die seit vier bzw. einem Jahr unser Glück und unsere Familie komplettieren.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einleitung	25
B. Bedeutung der Personengesellschaft respektive der transparenten Besteuerung sowie Systematik der Verlustverrechnung	30
I. Entwicklung und Bedeutung der Personengesellschaft respektive der transparenten Besteuerung	30
II. Die Systematik der Verlustverrechnung im Rahmen der transparenten Besteuerung	37
1. Umgang mit Personengesellschaftsverlusten	38
2. Die Rolle der persönlichen Haftung im Zusammenhang mit Personengesellschaftsverlusten	38
3. Problematik der unmittelbaren Verlustzurechnung und Verlustverrechnung bei lediglich beschränkter Haftung	39
4. Methoden zur Verhinderung einer missbräuchlichen Verlustnutzung im Rahmen einer grundsätzlich transparenten Besteuerung	40
a. Uneingeschränkte Verlustnutzung	41
b. Beschränkte Verlustnutzung bei Beibehaltung der transparenten Besteuerung	42
c. Übergang zum Trennungsprinzip	44
C. Systemische Aspekte: das französische Modell – ein gangbarer Weg für Deutschland?	46
I. Länderberichte	46
1. Bundesrepublik Deutschland	47
a. Einführung in das deutsche Einkommensteuerrecht	47
b. Unternehmensbesteuerung: Anwendungsbereich sowie Wirkungsweise der transparenten Besteuerung	48
i. Einordnung in das Transparenz- oder Trennungsprinzip	48
ii. Folgen einer Optionsausübung	53
iii. Wirkungsweise der transparenten Besteuerung	54

c. „Verlustverrechnung“ – Begriffsbestimmung und Wirkung im System der transparenten Besteuerung	60
i. Verlust	60
(1) Verlust – Gegenstand	61
(2) Echter/unechter Verlust	62
(3) Steuerlich relevante Verluste	63
(4) Besonderheiten im Rahmen der transparenten Besteuerung	63
ii. Verlustverrechnung	64
(1) Verlustausgleich/intraperiodische Verlustverrechnung	65
(2) Verlustabzug/interperiodische Verlustverrechnung	67
(3) Besonderheiten im Rahmen der transparenten Besteuerung	70
iii. Verlustverrechnungsbeschränkungen	71
(1) Kategorisierung der Verlustverrechnungsbeschränkungen	72
(2) Besonderheiten im Rahmen der transparenten Besteuerung	76
d. Parallelen und Unterschiede zur Verlustverrechnung/-berücksichtigung im Rahmen des Trennungsprinzips	77
e. Zusammenhang von zivilrechtlicher Haftung und steuerlicher Verlustverrechnung	82
2. USA	89
a. Einführung in das US-amerikanische Einkommensteuerrecht	89
b. Wirkungsweise und Anwendungsbereich der (teilweise) transparenten Besteuerung	92
i. Einordnung in das Transparenz- oder Trennungsprinzip	92
ii. Folgen einer Optionsausübung	97
iii. Wirkungsweise der transparenten Besteuerung	101
c. „Verlustverrechnung“ – Begriffsbestimmung und Wirkung im System der transparenten Besteuerung	105
i. Verlust (loss)	105
(1) Allgemeines zum Verlustbegriff	105
(2) Besonderheiten im Rahmen der transparenten Besteuerung	106

ii.	Verlustverrechnung	107
(1)	Intraperiodische Verlustverrechnung	108
(2)	Interperiodische Verlustverrechnung	108
(3)	Besonderheiten im Rahmen der transparenten Besteuerung	109
iii.	Verlustverrechnungsbeschränkung	110
(1)	Allgemeine Verlustverrechnungsbeschränkungen	110
(2)	Besonderheiten im Rahmen der transparenten Besteuerung	112
d.	Parallelen und Unterschiede zur Verlustverrechnung/-berücksichtigung im Rahmen des Trennungsprinzips	113
e.	Zusammenhang von zivilrechtlicher Haftung und steuerlicher Verlustverrechnung	116
3.	Frankreich	122
a.	Einführung in das französische Einkommensteuerrecht	123
b.	Wirkungsweise und Anwendungsbereich der semi-transparenten sowie hybriden Besteuerung	124
i.	Einordnung in das Transparenz- oder Trennungsprinzip	125
ii.	Folgen einer Optionsausübung	137
iii.	Wirkungsweise der semi-transparenten und hybriden Besteuerung	140
(1)	Semi-transparente Besteuerung	141
(2)	Hybride Besteuerung	147
c.	„Verlustverrechnung“ – Begriffsbestimmung und Wirkung im System der transparenten Besteuerung	149
i.	Verlust	150
(1)	Allgemeines zum Verlustbegriff	150
(2)	Besonderheiten im Rahmen der semi-transparenten Besteuerung	150
ii.	Verlustverrechnung	151
(1)	Intraperiodische Verlustverrechnung	151
(2)	Interperiodische Verlustverrechnung	151
(3)	Besonderheiten im Rahmen der semi-transparenten Besteuerung	152

iii. Verlustverrechnungsbeschränkung	152
(1) Allgemeine Verlustverrechnungsbeschränkungen	152
(2) Besonderheiten im Rahmen der semi-transparenten Besteuerung	154
d. Parallelen und Unterschiede zur Verlustverrechnung/-berücksichtigung im Rahmen des Trennungsprinzips	156
e. Zusammenhang von zivilrechtlicher Haftung und steuerlicher Verlustverrechnung	160
II. Rechtsvergleichende Analyse	163
1. Deutschland: rechtsformabhängiger Dualismus	164
2. USA: Dualismus nur als Antizipation der Option	165
3. Frankreich: haftungsabhängiger Dualismus mit teilweiser Option	167
4. Rechtsvergleichende Analyse	169
a. Auseinandersetzung mit dem deutschen Modell	171
b. Auseinandersetzung mit dem US-amerikanischen Modell	174
c. Auseinandersetzung mit dem französischen Modell	178
d. Mögliches Steuermodell de lege ferenda	185
D. Detailvergleich: USA – Renaissance eines einstigen Vorbilds?	192
I. Länderberichte zu Verlustverrechnungsbeschränkungen im Rahmen einer transparenten Besteuerung	192
1. Bundesrepublik Deutschland: Verlustverrechnungsbeschränkung gem. § 15a EStG	192
a. Hintergrund	193
b. Regelung im Einzelnen	196
i. Grundtatbestand des § 15a EStG – § 15a Abs. 1 Satz 1 EStG	196
(1) Anteil am Verlust	199
(2) Kapitalkonto	205
ii. Persönlicher, sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	214
iii. Erweiterter Verlustausgleich als Ausnahmeregel	219
iv. Einlage und spätere Verlustnutzung; Einführung des Absatz 1a	228
v. Verlustverrechnung in späteren Wirtschaftsjahren nach § 15a Abs. 2 EStG	232

vi.	Folgen einer Einlage- und einer Haftungs-minderung nach § 15a Abs. 3 EStG	239
vii.	Gesonderte Verlustfeststellung nach § 15a Abs. 4 EStG	247
viii.	Besonderheiten im Rahmen vermögensverwaltender Personengesellschaften	251
ix.	Ausländische Verluste im Sinne des § 2a EStG im Rahmen des § 15a EStG	252
x.	Verhältnis des § 15a EStG zu anderen Normen des EStG	253
2.	USA: Verlustverrechnungsbeschränkungen gem. §§ 704(d), 1366(d), 465, 469 IRC	255
a.	§ 704(d) IRC – <i>limitation to the partner's outside basis</i>	257
i.	Hintergrund	258
ii.	Regelung	258
	(1) Die <i>outside basis</i> als Ausgangspunkt	260
	(2) Ermittlung der <i>adjusted outside basis</i>	263
	(3) Einlagen in die Gesellschaft	265
	(4) Bestimmung der persönlichen Haftung für die Zurechnung von Gesellschaftsverbindlichkeiten	265
	(a) Bürgschaft und Nachschusspflicht	266
	(b) Schuldübernahme (assumption agreement)	268
	(c) Hingabe von eigenen Vermögensgegenständen als Sicherheit für Gesellschaftsschulden	270
	(5) Persönlicher Anwendungsbereich	271
	(6) Maßgeblicher Verlust	271
	(7) Steuerpflichtige Veräußerung des Anteils	272
	(8) Steuerfreie Verfügung eines Anteils	274
	(9) Tod des Gesellschafters	275
	(10) Beendigung der Gesellschaft	276
b.	§ 1366(d) IRC – <i>limitation to shareholder's basis in stock and debt</i>	276
i.	Hintergrund	276
ii.	Regelung	277
	(1) <i>Adjusted basis</i> an den Aktien und den Schulden der Gesellschaft gegenüber dem Anteilseigner	278

(2) Verlust im Rahmen des § 1366(d) IRC	280
iii. Vertragliche Haftungsübernahme durch einen Anteilseigner	280
iv. Übertragung eines Gesellschaftsanteils	281
v. Verhältnis zu anderen Vorschriften	282
c. § 465 IRC – <i>at risk rule</i>	282
i. Hintergrund	283
ii. Regelung	283
(1) Persönlicher, sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	284
(2) Verlust	286
(3) Bestimmung des Tätigkeitsumfanges	287
(4) <i>Amount at risk</i> als Anknüpfungspunkt	288
(a) Maßgeblicher Zeitpunkt	288
(b) Berechnung des amount at risk	289
(c) Bürgschaft, Nachschusspflicht et cetera	296
(d) Gesellschafterdarlehen	298
(e) Kurzfristige Erhöhung des amount at risk	299
(f) Negativer amount at risk	300
(g) Qualified nonrecourse financing	301
(5) Rechtsfolge	302
(6) Übertragung oder Veräußerung eines Teils oder der gesamten Tätigkeit	303
(7) Nachversteuerung nach § 465(e) IRC	304
(8) Verhältnis zu anderen Vorschriften	306
d. § 469 IRC – <i>passive activity rule</i>	307
i. Hintergrund	307
ii. Regelung	308
(1) Persönlicher Anwendungsbereich	308
(2) Passive Tätigkeit	309
(a) Wesentliche Teilnahme an der Tätigkeit	310
(b) Activity	313
(c) Limited Partner	315
(d) Vermietungstätigkeiten	320
(e) Sonderregel für Veräußerungsgeschäfte	322
(3) Bestimmung der relevanten Einnahmen respektive des relevanten Verlustes	322
(a) Umqualifizierung von Einnahmen	324

(b) Ausgaben im Zusammenhang mit einer passiven Tätigkeit	325
(4) Rechtsfolge	326
(5) Konsequenzen bei Wegfall der passiven Tätigkeit	327
(6) Veräußerung des gesamten Anteils an einer passiven Tätigkeit	327
(7) Teilveräußerung eines Anteils an einer Tätigkeit	328
(8) Unentgeltliche Übertragung eines Anteils	329
(9) Sonderregeln für <i>Partnerships</i> und <i>S-Corporations (passthrough entity)</i>	330
(10) Verhältnis zu anderen Normen	332
iii. Fazit	333
3. Frankreich	333
a. Eine dem § 15a EStG und den §§ 704(d), 1366(d), 465 IRC vergleichbare Regelung	334
b. Art. 156-I, 1 bis CGI	335
i. Hintergrund	336
ii. Regelung	336
II. Rechtsvergleichende Analyse ausgewählter Regelungsinhalte in Deutschland, den USA und Frankreich	340
1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	340
a. Deutschland	340
b. USA	342
c. Wertung	343
2. Bestimmung des Verlustausgleichsvolumens – technische Anknüpfung	346
a. Deutschland	347
i. Ausgangspunkt: das Kapitalkonto	347
ii. Einbeziehung der Haftung	348
iii. Berücksichtigung einer Haftungsbeschränkung	350
b. USA	350
i. Ausgangspunkt: die Einlage	351
ii. Einbeziehung der Haftung	352
iii. Berücksichtigung einer Haftungsbeschränkung	357
c. Wertung	358
i. Ausgangspunkt	358
ii. Einbeziehung einer erweiterten Haftung	360
iii. Berücksichtigung einer Haftungsbeschränkung	373

3. Tätigkeits- oder beteiligungsbezogene Betrachtung des Verlustausgleichs	374
a. Deutschland	374
b. USA	374
c. Wertung	375
4. Folgen einer Einlage- oder Haftungsminderung	376
a. Deutschland	377
b. USA	378
c. Wertung	378
5. Auswirkungen vorweggenommener sowie nachträglicher Einlagen	380
a. Deutschland	380
b. USA	382
c. Wertung	382
6. Statuswechsel von beschränkt haftendem zu voll haftendem Gesellschafter (und umgekehrt)	385
a. Deutschland	385
b. USA	388
c. Wertung	389
7. Auswirkungen steuerfreier Einnahmen und nicht abzugsfähiger Betriebsausgaben	391
a. Deutschland	391
b. USA	393
c. Wertung	394
8. <i>Passive-activity-rule</i>	395
a. Deutschland	396
b. USA	399
c. Frankreich	400
d. Wertung	401
E. Reformvorschlag	405
I. Vorgaben an einen Reformvorschlag im Bereich der Verlustverrechnung bei beschränkt haftenden Steuerpflichtigen	405
1. Zielsetzung der Neuregelung	406
a. Rechtspolitische und ökonomische Intention	407
b. Steuersystematik	409
2. Handlungsrahmen	409
a. Allgemeiner Gleichheitssatz	410
b. Leistungsfähigkeitsprinzip	412

c. Gebot der Folgerichtigkeit	413
d. Europäische Grundfreiheiten	414
3. Würdigung von Reformvorschlägen der Literatur	416
a. Lösung von der handelsrechtlichen Haftung	417
b. Steuerbilanzmodell	418
c. Ersatzlose Streichung des § 15a EStG	419
4. Fazit	420
II. Reformvorschlag	421
1. Formulierung eines konkreten Reformvorschlages	424
2. Kommentar zum Reformvorschlag	425
a. Regelungsziel und -technik des Reformvorschlages	426
b. Absatz 1 Satz 1: persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	428
c. Absatz 1 Satz 1: wirtschaftliches Risiko und positiver Risikobetrag	429
d. Absatz 1 Satz 2: Bestimmung und Bedeutung des Risikobetrages	431
e. Absatz 1 Satz 2: das Kapitalkonto – Einbeziehung von Sonderbetriebsvermögen?	434
f. Absatz 1 Satz 2: Verbindlichkeiten und Rückstellungen der Gesellschaft	435
g. Absatz 1 Sätze 2 bis 4: die persönliche sowie dingliche Haftung	438
i. Absatz 1 Satz 2: die persönliche Haftung	438
ii. Absatz 1 Sätze 2 bis 4: die dingliche Haftung	439
h. Absatz 1 Sätze 5 und 6: Bestimmung des Haftungsumfangs	440
i. Absatz 1 Satz 5: Bestimmung der Haftung	440
ii. Absatz 1 Satz 6: Haftungsreduktion	441
i. Absatz 2: Behandlung nicht ausgleichsfähiger Verluste	442
j. Absatz 3 Sätze 1 bis 3: Nachversteuerung namentlich aus Gründen der Entnahme und Haftungsinderung	443
k. Absatz 3 Satz 4: Rechtsfolgen insbesondere nachträglicher oder vorweggenommener Einlagen	446
l. Absatz 3: Rechtsfolgen eines Statuswechsels	447
m. Absatz 4: gesonderte Feststellung des verrechenbaren Verlusts	448
n. Absatz 5: Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs	449

o. Auswirkungen steuerfreier Einnahmen und nicht abzugsfähiger Betriebsausgaben	449
p. Besonderheiten im Zusammenhang mit vermögensverwaltenden Personengesellschaften (und anderen Nicht-Bilanzierern)	451
3. Fazit	452
F. Schlussbetrachtung	453
Literaturverzeichnis	455

Abkürzungsverzeichnis

10th Cir.	Tenth Circuit
11th Cir.	Eleventh Circuit
2d Cir.	Second Circuit
4th Cir.	Fourth Circuit
5th Cir.	Fifth Circuit
6th Cir.	Sixth Circuit
9th Cir.	Ninth Circuit
Am. U. Int. L. Rev.	American University International Law Review (Zeitschrift)
AT Rev.	Australian Tax Review (Zeitschrift)
Austl. Tax F.	Australian Tax Forum (Zeitschrift)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BeckOK BGB	Beck'scher Online-Kommentar BGB
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des BFH, die nicht in der amtlichen Sammlung des BFH veröffentlicht werden (Zeitschrift)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Zeitschrift)
BOI-BIC-AMT	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Bénéfices industriels et commerciaux-Amortissements
BOI-BIC-CHAMP	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Bénéfices industriels et commerciaux-Champ d'application et territorialité
BOI-BIC-DEF	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Bénéfices industriels et commerciaux-Déficits
BOI-BIC-PROV	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Bénéfices industriels et commerciaux-Provisions
BOI-IR-BASE	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Impôt sur le revenu-Base d'imposition
BOI-IS-CHAMP	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Impôt sur les sociétés-Champ d'application et territorialité

BOI-IS-DEF	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Impôt sur les sociétés-Déficits et moins-values nettes à long terme
BOI-IS-GPE	Bulletin Officiel des Finances Publiques – Impôt-Impôt sur les sociétés-Régime fiscal des groupes de sociétés
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zeitschrift)
C.B.	Cumulative Bulletin
CGI	Code Général des Impôts
D. Or.	District of Oregon
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
EARL	exploitation agricole à responsabilité limitée
EATLP	European Association of Tax Law Professors
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EIRL	entrepreneur individuel à responsabilité limitée
EURL	entreprise unipersonnelle à responsabilité limitée
F. Supp.2d	Federal Supplement, second series
F.2d	Federal Reporter, second series
F.3d	Federal Reporter, third series
Fed. Cir.	Federal Circuit
Fed. Cl.	United States Court of Federal Claims
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift), Federal Register
FS	Festschrift
FSA	Field Service Advice
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
H.R. Rep.	House of Representatives Report
H/H/R	Herrmann/Heuer/Raupach
H/H/S	Hübschmann/Hepp/Spitaler
I.R.B.	Internal Revenue Bulletin
IBFD	International Bureau of Fiscal Documentation
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer

INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques
IRC	Internal Revenue Code
IRS	Internal Revenue Service
ISR	Internationale SteuerRundschau (Zeitschrift)
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
J. Passthrough Entities	Journal of Passthrough Entities (Zeitschrift)
J. Tax'n	Journal of Taxation (Zeitschrift)
J.O.	Journal Officiel
JoA	Journal of Accountancy (Zeitschrift)
K/S/M	Kirchhof/Söhn/Mellinghoff
KÖSDI	Kölner Steuerdialog (Zeitschrift)
LLC	Limited Liability Company
LLP	Limited Liability Partnership
MüKo BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo HGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ÖEStG	Einkommensteuergesetz (Österreich)
ÖVerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
<i>Pacs</i>	pacte civil de solidarité
Prop. Reg.	Proposed Regulation
Pub. L.	Public Law
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Zeitschrift)
REG	Regulations
Rev. Rul.	Revenue Ruling
RFHE	amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsfinanzhofs (Zeitschrift)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift (Zeitschrift)
RStBl.	Reichssteuerblatt (Zeitschrift)
RULPA	Revised Uniform Limited Partnership Act
RUPA	Revised Uniform Partnership Act
S. Rep.	Senate Report
SA	société anonyme

Abkürzungsverzeichnis

SARL	société à responsabilité limitée
SAS	société par actions simplifiée
SMU	Southern Methodist University
SSR	Sous-sections réunies
Stat.	United States Statutes at Large
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StB-Handbuch	Steuerberater-Handbuch
StStud	Steuer und Studium (Zeitschrift)
StuB	Steuer- und Bilanzpraxis (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
Suffolk U. L. Rev.	Suffolk University Law Review (Zeitschrift)
T.C.	United States Tax Court Reports
T.C. Sum. Op.	Tax Court Summary Opinions
T.C.M.	Tax Court Memorandum Decisions
Temp. Reg.	Temporary Regulation
Temp. Regs.	Temporary Regulations
Treas. Reg.	Treasury Regulation
Treas. Regs.	Treasury Regulations
Tz.	nichtamtliche Textziffer nach juris
U.S.	United States Supreme Court
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
ULLCA	Uniform Limited Liability Company Act
ULPA	Uniform Limited Partnership Act
UPA	Uniform Partnership Act
USD	United States Dollar
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)